

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Märk.). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.

Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebels.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Märk.).

Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 75

Donnerstag, den 24. Juni

1926

14,4 Millionen für den Volksentscheid.

Das amtliche Ergebnis:

Nach dem amtlichen Gesamtergebnis aus sämtlichen 35 Wahlkreisen des Reiches sind 14 441 590 Ja-Stimmen, 584 723 Nein-Stimmen und 559 408 ungültige Stimmen abgegeben worden. Abstimmungsberechtigt waren 39 690 559.

Der Prozentfuß der Ja-Stimmen beträgt im Durchschnitt 36 Prozent. In den Kreisen mit ausgesprochener Industriebevölkerung ist dieser Prozentfuß mitunter nicht unerheblich überschritten worden, reine landwirtschaftliche Wahlkreise dagegen, wie Pommern, Ostpreußen und einige schlesische Kreise haben allerdings den Prozentfuß bei weitem nicht erreicht.

Die Parteiführer zum Volksentscheid.

Das Ergebnis einer Umfrage.

Ueber die augenblickliche innerpolitische Lage hat sich der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Westarp, unter anderem folgendermaßen geäußert:

Der äußere Mißerfolg des Volksentscheides, der dadurch zum Ausdruck kommt, daß etwa sieben Zehntel des deutschen Volkes das sozialdemokratisch-kommunistische Entgegnungsgebot abgelehnt hätten, dürfte nicht über die ernste Bedeutung der abgegebenen 14,5 Millionen Stimmen täuschen. Es sei nicht erreicht, einen Teil der 12½ Millionen, die das Volksbegehren unterschrieben hatten, zur Besinnung zu bringen. Am schwersten sei das Zentrum und die katholische Kirche betroffen. Wenn das Zentrum an seinem Einklang festhalte, werde es den letzten Einfluß auf die Volksmassen verlieren, die dann erst recht in das radikale Lager übergehen würden.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Dreiwitz, erklärte u. a.:

Das Ergebnis des Volksentscheides und die maßlose Agitation der Entgegnungsparteien haben deutlich bewiesen, daß ein Volksentscheid in so wichtigen politischen und wirtschaftlichen Lebensfragen des deutschen Volkes wie die Fürstenabfindung und damit zusammenhängende politische Probleme unsinnig sei. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei stamme der größte Teil der ungültigen Stimmen von Anhängern der Wirtschaftspartei, die sich auf diese Weise vor dem Terror der Sozialdemokraten und Kommunisten, der zum Teil gegen Gewerbetreibende und kleine Geschäftsleute sehr groß gewesen sei, behaupten hätten. Die Deutschnationale Volkspartei müsse jetzt ein gewisses Entgegenkommen zeigen. Die Wirtschaftspartei erwarte, daß die Sozialdemokraten weitergehende Forderungen über den Inhalt des Kompromißgesetzes der Regierungsparteien hinaus stellen werden.

Der Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Partei, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, erklärte, daß nach der maßlosen und verheerenden Agitation der Entgegnungsparteien das Ergebnis von 14,5 Millionen als befriedigend bezeichnet werden müsse. Es müsse vor allem die Tatsache festgehalten werden, daß der Versuch der Entgegnungsparteien verfassungswidrig und gesetzlich gescheitert sei. Damit trete wieder die parlamentarische Behandlung der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstentümern in Kraft. Die Deutsche Volkspartei stehe zu dem von der Regierung vorgelegten Kompromißgesetz und erwarte, daß das Gesetz im Reichsausschuß sachlich und in allen Einzelheiten noch einmal durchberaten werden. Die innerpolitische Entwicklung hängt zunächst von der Stellungnahme der Parteien zum Kompromißgesetz ab.

Der Auswärtige Ausschuß über die Entwaffnungsfrage.

4 Berlin. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat am Montag im Reichstagsgebäude zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Entwaffnungsfrage, die Abrüstungsfrage, die Pariser Vereinbarung über die Luftfahrt und der Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177, 178 und 198 des Vertrages von Versailles.

Der Artikel 177 behandelt das Verbot für Erziehungsanstalten, Universitäten, Kriegervereine, Schützen, Sport- oder Wandervereine und Vereinigungen ähnlicher Art, sich mit militärischen Dingen zu befassen und mit militärischen Behörden Verbindungen zu unterhalten, der Artikel 178 das Verbot aller Vorbereitungen zur Mobilmachung bzw. zur Vorbereitung einer solchen, der Artikel 198 schließlich das Verbot für Deutschland, Land- und Marinefliegertrecker zu unterhalten.

Nach längerer Debatte, an der sich Redner aller Parteien beteiligten, hat der Ausschuß mit großer Mehrheit folgende Entschließung

angenommen:

„Unbeschadet der Stellung der verschiedenen Fraktionsvertreter zu den einzelnen Fragen, nimmt der Auswärtige Ausschuß davon Kenntnis, daß bei den Verhandlungen der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz irgendwelche Bindungen für Deutschland nicht erfolgt sind und erhebt mit dieser Maßgabe gegen eine Fortsetzung der Beteiligung Deutschlands an den weiteren Beratungen zur Förderung des Abrüstungsproblems keine Bedenken.“

Deutschland im zweiten Reparationsjahre.

Bericht des Reparationsagenten.

Berlin. Der Generalagent für Reparationszahlungen, S. Parker Gilbert, hat am 19. Juni 1926 der Reparationskommission einen vom 15. Juni 1926 datierten Bericht über seine Tätigkeit während der vergangenen neun Monate des zweiten Reparationsjahres, also vom 1. September 1925 bis 31. Mai 1926, erstattet.

In der Einleitung dieses Zwischenberichtes wird der Zweck des Berichtes dahin erläutert, die letzten verfügbaren Angaben für die Handhabung des Planes während des zweiten Jahres mitzuteilen und in vorläufiger Weise die Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in Deutschland anzugeben. Es sei nicht die Absicht, gegenwärtig einen umfassenden Überblick über die Handhabung des Planes als Ganzes zu geben oder eine allgemeine Prüfung des zweiten Reparationsjahres anzustellen. Der Generalagent stellt fest, daß der Plan beweglich und normal funktioniert hat. Das zweite Jahr fällt in eine Zeit, in der Deutschland einen

Prozeß wirtschaftlicher Wiederaufrichtung

durchmacht. Die schweren krisenhaften Erscheinungen, namentlich des letzten Winters, ließen mit dem weiteren Verlauf des Frühlings etwas nach, und in einzelnen Industriezweigen hob sich die Tätigkeit. Zur selben Zeit näherten sich die Kreditverhältnisse mehr den Normalzuständen als je zuvor seit der Stabilisierung. Deutschland blieb finanziell gesund, und eine gewisse Tendenz auf Erholung machte sich bemerkbar.

Der Generalagent schließt sein Gutachten:

Die Grundlage des Sachverständigenplanes ist das gegenseitige Interesse aller Parteien, ihn in gutem Glauben auszuführen. Vom Beginn dieser Ausführungen haben die Alliierten und die deutsche Regierung, sowie alle mit seiner Ausführung befaßten Organe weiterhin loyal zusammen gearbeitet.

Neues Handelsprovisorium mit Frankreich.

Deutscher Vorschlag für sechs Monate.

Paris. In der Erwägung, daß es auf keinen Fall in diesem Jahr mehr möglich sein wird, einen endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrag abzuschließen, hat die deutsche Handelsdelegation in Paris nach vorheriger Fühlungnahme mit der Reichsregierung und den maßgebenden Wirtschaftskreisen der französischen Regierung zu verstehen gegeben, daß sie bereit sei, über ein neues Provisorium in Verhandlungen einzutreten. Es handelt sich diesmal um bedeutend zahlreichere Warengruppen, deren Aus- bzw. Einfuhr für die nächsten sechs Monate geregelt werden soll.

Neue Verhaftungen bei der Reichsbahn.

Frankfurt/Oder. Die Untersuchungen bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt/Oder zur Aufklärung der umfangreichen Betrugsaffäre im Bereich der Direktion Ost sind nunmehr in ein neues Stadium getreten. Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, ist in dem bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder anhängigen Verfahren wegen der auf dem Neubau des Bahnhofs Neu-Beitzingen und dem Umbau des Bahnhofs Frankfurt/Oder vorgekommenen Unregelmäßigkeiten vor einigen Tagen ein im Büro des Frankfurter Betriebsamts beauftragter Beamter verhaftet worden. Nähere Angaben kann die Staatsanwaltschaft im Interesse der Untersuchung nicht machen.

47 000 Mark unterschlagen.

3 Durch einen ungetreuen Buchhalter sind die Firmen Ubert & Co., Zahnärztliche Bedarfsartikel und Optische Werke Rodenstock, München, Zweigniederlassung Berlin, schwer geschädigt worden. Der 57 Jahre alte, verheiratete Buchhalter Fritz Besser war bereits 25 Jahre Geschäftsführer der Firma Ubert & Co., als sich diese vor etwa 24 Jahren mit der Firma Optische Werke Rodenstock zusammenfand und ihn als Buchhalter des gemeinsamen Betriebes übernahm. Besser genutzte das uneingeschränkte Vertrauen, das dieses aber auf das schmachthafte geknüpft. Als leidenschaftlicher Rennbahnbesucher, der sich nebenbei auch ein Vermögen hielt, und der auch dem Weine nicht abhold war, verbrauchte er recht viel Geld, und da zur Bestreitung seiner Lebenskosten sein Gehalt nicht ausreichte, so vergiff er sich an der ihm anvertrauten Kasse.

Erwerbslofenförförge und Knappschäfts-Novelle vor dem Reichstag.

214. Sitzung, Dienstag, den 22. Juni 1926.

Der Gesetzentwurf über die für Beschäftigungszwecke in Anspruch genommenen Grundstücke wird dem Ausschuß für die besetzten Gebiete überwiesen.

Die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen und des Gesetzes über den Verkehr mit Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen geht an den Wirtschaftsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über eine

Erhebung in der Erwerbslofenförförge.

Abg. Radel (Komm.) ist an sich nicht gegen Erhebungen über die Wirkung der Unterförförge nach Lohnklassen; aber diese Erhebungen seien eine Vorbereitung für die Staffellung der Unterförförge, daher müsse die kommunistische Fraktion diese Vorlage bekämpfen.

Abg. Dismann (Soz.) fordert eine Vorlage, die die Unterförförge der Erwerbslofen und Kurzarbeiter bis Ende des Jahres sicherstellt. Der Redner kündigt der Regierung schärfsten Kampf an, wenn bei der Neuordnung der Erwerbslofenunterförförge etwa eine Verschörförger der bisherigen Bezüge herauskommen würde. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns betont, es bestehe Einigkeit, daß das gegenwärtige System der Erwerbslofenförförge Mängel habe. Es sei aber unmöglich, vor der Sommerpause diese schwierige Frage anzuerkennen. Die Regierung werde deshalb auch dafür Sorge tragen, daß die gegenwärtigen Vorschriften über die Erwerbslofenförförge auch über den Sommer hinaus gelten, um die förförge sicherzustellen. Die Vorlage wird dann in allen drei Lesungen gegen Kommunisten angenommen.

Angenommen wird die Vorlage zur Änderung des Gesetzes betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Sie tritt auf Antrag des Abg. Dr. Rießer (D. Vp.) am 1. Juli d. J. in Kraft.

Dritte Lesung des Reichsknappschäftsgegesetzes

mit der Vorlage zur Anpassung der Kinderrenten in der Reichsversicherungsordnung und im Angestelltenversicherungsgegesetz an die Höhe im Reichsknappschäftsgegesetz wird dann fortgesetzt.

Nach kurzer Erörterung wird die Vorlage über die Kinderrenten in zweiter Lesung angenommen.

In der Einzelbesprechung beim Knappschäftsgegesetz weist Abg. Koch-Wesendorf (Dn.) auf die schwierige Lage des deutschen Arbeiterstandes hin. Abg. Leopold (Dn.) beantragt, im Reichsknappschäftsgegesetz die Grundbeträge der von ihm in der Arbeiterpersönliche gewählten Invalidenrenten jährlich nachträglich vom Reich zu erhalten. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen den Antrag. Abg. Dr. Molkenhauer (D. Vp.) lehnt ebenfalls den Antrag ab. Der Antrag wird abgelehnt.

Vor der Schlußabstimmung gibt Abg. Dr. Molkenhauer (D. Vp.) eine Erklärung ab, in der anerkannt wird, daß die Vorlage eine Reihe von Fortschritten bringt. Sie bringe aber eine große Mehrbelastung. Es sei eine Verschärförge des Gegenstandes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu befürchten.

Abg. Janssch (Soz.) stimmt dem Gesetzentwurf zu. Abg. Schwan (Komm.) erkennt an, daß es gelungen sei, teilweise den Einfluß der Unternehmer zurückzuführen.

Das Reichsknappschäftsgegesetz wird dann in der Schlußabstimmung mit 320 gegen 58 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Der Polizeietat vor dem Reichstag.

180. Sitzung, Dienstag, den 22. Juni 1926.

Der Preussische Landtag nahm seine Plenarsitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stand die

zweite Lesung des Polizeietats.

Eine Reihe von Anträgen und Anfragen befaßten sich mit den neuerlichen Vorfällen bei der Polizei, die Kommunisten fordern Maßnahmen zur Verhinderung von Zusammenkünften, wie sie beim Volksentscheid vorgekommen sind. Dabei stellen sie es so dar, als ob die Zusammenkünfte nicht etwa von linksgerichteten Geistesherkommen, sondern von monarchistischen Verbänden als Ergebnis eines bewaffneten Terrors anzusehen seien. Als Berichterstatter des Reichsausschusses empfahl der Kommunist Bartels die Annahme eines Antrages auf Strafverfolgung deutscher Polizeibeamter, die einen jugendlichen deutschen Kommunisten den französischen Besatzungsbehörden ausgeliefert hätten. Andere Anträge beziehen sich auf Verbesserung der Strafanstaltsbehandlung.

In der

allgemeinen Besprechung

bedeutet Abg. Marzwardt (Soz.), daß der Innenminister durch schwere Krankheit verhindert sei, den Verhandlungen beizuwohnen. Der Redner verweist auf die Ausschüßbeschlüsse, die eine Aufhebung der Dienstkaufwandsentschädigung der Kriminalbeamten und der Dienststrafen im allgemeinen verlangen. Die Selbstverwaltung dürfe nicht so weit gehen, daß faktische Kommunen ihren sozialen Verpflichtungen auch gegen ihre Schutzpolizeibeamten einfach nicht nachkommen. Er weist Vorwürfe gegen sozialdemokratische Polizeipräsidenten zurück und fordert Ausschluß aller Polizeibeamten, die keine innere und geistige Beziehung zur Republik finden können.